



## Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

### Chancen der Arbeitnehmerfreizügigkeit nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt den Wegfall der Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die EU Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien.

Der schleswig-holsteinische Landtag unterstützt die Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände die Kommunen in ihrer Positionierung für die Ausweitung der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um faire Arbeitsbedingungen für alle Menschen zu gewährleisten.

Für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus EU-Mitgliedsstaaten müssen dieselben arbeitsmarktrechtlichen Rechte und Pflichten gelten – unabhängig von ihrer Herkunft. Freizügigkeit für Menschen, Dienstleistungen und Kapital sind die Grundzüge des europäischen Binnenmarktes. Wer diese in Frage stellt, stellt die europäische Idee in Frage.

Der Landtag begrüßt kommunale und landespolitische Initiativen zur Etablierung einer Willkommenskultur gegenüber Menschen, die neu in unser Land kommen und ihre Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen und die schleswig-holsteinische Gesellschaft bereichern.

**Begründung:**

Die durch die CSU angestoßene Debatte zur Arbeitsmigration aus Südost-Europa schürt unnötig Ängste bei Betroffenen und beruht auf falschen Unterstellungen, die durch Fakten widerlegt sind. Ihre Integration der bei uns lebenden Menschen aus Rumänien und Bulgarien in den Arbeitsmarkt verläuft erfolgreich.

Gleichsam steht Schleswig-Holstein vor einem Fachkräftemangel. Uns werden in den nächsten Jahren ca. 30.000 Fachkräfte fehlen. Die Ausweitung der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dazu beitragen, dem aufkommenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Wolfgang Baasch  
und Fraktion

Rasmus Andresen  
und Fraktion

Flemming Meyer  
und die Abgeordneten  
des SSW